

ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl ☀ Mein politischer Privatbrief No. 21 – 15. 12. 2011

neuer band ‚novo.argumente‘ + de/fr gastautor jean p. picaper + 24. sitzung der deutsch-polnischen kopernikus-gruppe für gemeinsame eu-politik + werner langen & elmar brok: lissabon-vertrag bleibt maßstab + wird hillary clintons programm „our pacific century“ übersehen? + alt-terroristin inge viett zahlt und hetzt weiter + r.sikorskis große europa-rede

Wehe den Entwöhnten!

Die Union leidet schon seit Jahren an europapolitischer Unterernährung

Der Euro, von Anfang an nicht Liebling der Wählermehrheit, dann aber erstaunlich erfolgreich und stark, wurde zur Tellermine zwischen fast allen Völkern nach den Erschütterungen der USA durch Bankgeschäfte des deutsch klingenden Hauses Lehman. Zu spät lernten Deutsche und andere Europäer, was ein Hedgefond ist und was ihm anvertraute Euros einmal waren. Von gestern...

Der CDU war immer eingepaukt worden, dass nicht der Fall der Mauer die Krönung der Politik seit Adenauer war, sondern der *Euro*. Gut so. Die Banken redeten nicht allein so, auch VW und der Daimler. Aber es kamen Flaute und Kursverfall auf. Sehr alte Bürger wußten noch vom Opa, dass „so etwas“ 1929 mit dem Schwarzen Freitag in New York losgegangen war. „New York 2“?

Die CDU-Europapolitiker, seit einer Generation an Zahl und Erfolg geschwächt, wurden bestürmt, um „die Dinge“ (Volker Kauder) zu erklären. Es dauerte nur kurz, dann wussten es alle Funktionäre. Die CDU war im Glauben an Europa fest, doch sie hatte nur noch historisches und gar kein aktuelles Detailwissen. Bei der Einführung des Euros hatte man das letzte Mal für Europa getrommelt, danach gab es Denkblockaden und Verunsicherung.



In der Brüsseler EVP-Führung: A.Merkel

War die Partei noch christlich-sozial im Verbund mit Holländern oder Italienern? Gab es denn die EVP noch, die „Europäische Volkspartei“? Warum wird bei Bundesparteitagen seit Jahren nicht mehr europäisch geflagt? Jeder, der sich an alte Zeiten erinnerte, konnte die europapolitische Erschlaffung spüren. Man war zwar nicht „gegen Brüssel“ wie immer mehr bange Kleingeister, doch begeistert schon gar nicht. Und „die Freunde in München“ und Berlusconi und überhaupt....

Wenn Europa weiter kommen soll, braucht die CDU mehr altes und dazu auch mehr neues Europa-Wissen. Sie muss wieder soldide diskutieren können. Nur 4 Europaabgeordnete im ganzen Talkshow-Jahr sollten aufregen statt Schultern zucken zu lassen. Es gibt fast kein Polit-Gebiet, das in den Medien mit mehr Lügen und noch mehr Unfähigkeit betrieben wird.

Unsere Europaabgeordneten arbeiten hocheffizient, werden aber oft mit Absicht von „Berlin“ nicht wahrgenommen. Übertreibung? Keineswegs, ich zeige ein Beispiel: Das Europäische Parlament befasste sich lange mit Verbesserungen beim Verbraucherschutz. Irgendwann „früher“ hat man dazu in der CDU beschlossen, dass die Bonner, jetzt die Berliner mit Freunden im Europäischen Parlament zusammenarbeiten sollen, wenn sie die gleichen Probleme debattieren. Doch nicht lange her, da tönte es aus Berlin, man habe „in Brüssel“ bei den Bürokraten (nur bei diesen?) große Fortschritte gemacht, und nun werde „alles in Schutzvorschriften umgesetzt“. Tatsache aber war, dass Europaabgeordnete, hier **Dr. Renate Sommer MdEP** aus Herne, mehr als ein Jahr lang längst „vorgebohrt“ und dabei auch Kommissionseinfälle gekippt hatten.

Die besten Leute aus Berlin und Brüssel müssten JETZT eingreifen, denn sonst wird kein besserer Ruf des Parlaments erreicht, und bei der nächsten Europawahl sackt die Wahlbeteiligung auf 30%. Mehr innerparteilicher Widerstand ist längst überfällig, um Europa den optischen wie den operativen Platz in der CDU neu zu sichern. Das darf auch die Kanzlerin verlangen. Denn Angela Merkel und eine kleine erfolgreiche Truppe haben in Brüssel Großes geleistet, jetzt muss sich auch das CDU-Fußvolk gründlicher informieren und für Europa anstrengen. Passiert dies nicht, werden wir von der so genannten öffentlichen Meinung und deren Machern nur noch erfolgreich entsorgt.

Empfehlungen

„Klare Sicht nach vorn“

der neue, 340 Seiten starke Band der „Novo Argumente“, 19,80 €
NovoArgumente Verlag, Postfach 600843 , 60338 FRANKFURT a.M
e-mail: info@novo-argumente.com

Wie schon immer seit 1992 bietet der wachsende Kreis honorarfrei arbeitender Autorinnen und Autoren aufregende Studien aus verschiedenen Gebieten. Kernkraft ist deshalb nur ein Thema unter vielen, die uns sonst oft manipuliert geboten werden. Ein paar Beispiele, die brillant aufklären: „Atomangst? Nein danke!“ // „Thorium, Brennstoff der Zukunft“ // „Die deutsche Energie-Ratio-sigkeit“ // „Der Traum vom Wald“(mit **weltweit Contra-Fakten**)
„Globale Ernährungssicherung“ // „Wer vergiftet unsere Lebensmittel?“ // „Mal ehrlich, vermisst eigentlich irgendjemand die Mammuts?“

Basil Kerski: „Die Dynamik der Annäherung in den deutsch-polnischen Beziehungen“

492 Seiten, 19.80 €, „düsseldorf university press 2011“
Förderung: Adalbert-Stiftung

Es gibt nur wenige Menschen, die so oft und so gründlich unsere endlich befreundeten Länder Polen und Deutschland erfahren, erforscht und in Dialogen erlebt haben. Seine irakisch-polnisch-deutsche Identität bietet besonders aufregende Durchblicke. Kerski wurde bekannt durch das deutsch-polnische Magazin DIALOG. Derzeit arbeitet er in Danzig/Gdansk.

Wenn man sich beeilt:

Am 28. November hielt der polnische Außenminister SIKORSKI seine inzwischen weltweit diskutierte Rede „Polen und die Zukunft der Europäischen Union“ Zum ersten Mal seit rund tausend Jahren bat ein führender Pole um noch engere und vor allem zukunftsweisende Zusammenarbeit mit den Deutschen. Sikorski kennt die Welt nicht nur durch seine amerikanisch-jüdische Frau und lange Studienzeiten in europäischen Ländern. Seine Rede stieß bei Polen-Freunden in Deutschland auf größte Neugier. Denn sie kommt in einem Moment größter Erhitzung der Europapolitik. Dies ist der Internet-Platz, wo die Rede hoffentlich noch in Englisch steht:

www.rp.pl/artikul/761586.html?print=tak&=0

Wenn man Pech hat, ist die Rede auch bei der Polnischen Botschaft in Berlin zu haben:
Lassenstr. 19-21, 14193 BERLIN, Telefon 030 223130

Zu Gast in **ContraSalon**: Jean Paul Picaper

Mein Kollege zählt seit vielen Jahren zu den französischen Journalisten in Deutschland und Europa, die im Geiste Robert Schumans und Konrad Adenauers für die institutionelle Stärkung der EU kämpfen. Er erlebte viele Jahre Bonn, dann noch einige Jahre Berlin und lebt, wenn er nicht reist, im südlichen Bordeaux.

“Die Märkte”, monströse Kraken mit tausenden von Fangarmen, ahnen instinktiv, dass Griechenland seine Schulden nie zurückzahlen wird. In Athen herrschen nicht mehr sokratische Vernunft (übrigens hatten die Griechen den Denker Sokrates zum Tode verurteilt) und europäische Rechenkunst. Sechshundert Jahre türkischer Besatzung haben dort ‚kreative Buchführung‘ und Schwarzarbeit zum Volkssport gemacht. Jacques Chirac und Gerhard Schröder wollten davon nichts wissen, als sie Griechenland mit offenen Armen in Euroland aufnahmen. Man träumte von Plato und Aristoteles, statt Realitäten zu sehen.

Ein politisches, diplomatisches, militärisches und kulturelles Europa hat sich auf der internationalen Bühne noch immer nicht etabliert, doch schon erscheinen Risse in ihrem Unterbau, im monetären und wirtschaftlichen Europa. Man hört oft, daß die Wirtschafts- und Währungsunion wetterfester gewesen wäre, wenn es schon **vor ihr** ein politisches Europa gegeben hätte. Für Konstruktionsfehler müssen wir jedenfalls heute bluten. Letzten Endes, dachten viele Politiker, würde die Wirtschafts- und Währungsunion ein politisches

Europa hervorzaubern und die Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten fördern. Stattdessen erlebten wir das Auseinanderdriften der Volkswirtschaften.

Um Klartext zu reden: Brüssel und die blasse Europäische Kommission haben fast nichts getan, um Euroland zu retten, und sie haben sogar gezeigt, dass sie dazu nicht fähig waren. Deutschland und Frankreich haben Europas Zusammenbruch verhindert und sie haben ihre Entscheidung von anderen Mitgliedsstaaten annehmen lassen. Sie waren überzeugend genug. Trotz Kritik an ihren Personen haben Sarkozy und Merkel Europa vor Schlimmerem bewahrt und ihre Staaten sogar aus den tiefen Löchern geholt, in welche ihre Vorgänger sie gestürzt hatten.

Wir müssten jetzt über die neue Lage viel nachdenken und die europäischen Institutionen auf der Grundlage der neuen Tatsachen ändern. Das muss schnell und mit Minimalkosten geschafft werden. Die Staaten sind und bleiben noch lange haushoch verschuldet.

In Deutschland wird immer wieder behauptet, es sei unverantwortlich, den zukünftigen Generationen hohe Schulden zu hinterlassen. Aber was wäre die Alternative? Hätte man nicht 1929 die Krise total ausufern lassen, so wären viele junge Menschen in Stalingrad, an den Stränden der Normandie oder in den Ardennen nicht gefallen. Ist es jetzt nicht vorzuziehen, ein paar Jahre lang eine schleichende, moderate Inflation zu ertragen? Die Politiker haben einer Grippe den Vorrang gegeben: Zwei Generationen werden Kopfschmerzen haben, tödlich ist das nicht.

Aber man muss sich fragen, warum Europa mit seinen Trümpfen so wenig wirksam umgeht. Was unterscheidet Europa von Rußland, China, Indien und Brasilien? Kreative Dynamik! Doch von den USA? Ihr Status als Supermacht! Er ist brüchig, sie leiden wie wir.

Die USA werden sich jedoch erholen. Sie werden ihre Schulden zurückzahlen. Anders als die Europäische Union haben sie einen Präsidenten, eine Regierung, eine Armee, eine Währung und vor allem Bürger, deren Wille, unter dem Sternenbanner zusammen zu leben, seit dem Ende des Sezessionskrieges 1865 ungebrochen geblieben ist. Europa aber macht Fehler, seine Mühlen mahlen zu langsam.

Europa schämte sich, in einen Verfassungersatz zu schreiben, daß es eine Fahne und eine Hymne habe. Kann es sich wieder fangen, seine Identität behaupten und einen gemeinsamen Willen zeigen? Die Ärzte vom Kanzleramt und vom Elysée-Palast müssten jedenfalls schneller am Sanitätsgürtel zwischen Dollar und Euro arbeiten. Neue Institutionen entstehen. Keine Luftschlösser! Wenn die „Chefs“ jetzt von einer "Europäischen Wirtschaftsregierung " reden, so muss das etwas ganz anderes als eine „Versammlung“ aus der Adenauer-Frühzeit werden.

24. Sitzung der polnisch-deutschen Kopernikus-Gruppe

Gestützt auf das „Deutsche Polen-Institut“ und die Warschauer Universität äußerten sich die Experten diesmal zu polnisch-deutschen Entwicklungen und Überlegungen auf der europäischen Ebene, auch zur aktuellen Lage. Das Arbeitspapier musste für CS gekürzt und redigiert werden.

Arbeitspapier 21 der Kopernikus-Gruppe: Die Zukunft der deutsch-polnischen Gestaltungsgemeinschaft in Europa – Eine Herausforderung

Die sich vertiefende Schuldenkrise in den Staaten der Eurozone stellt eine ernsthafte Herausforderung für die Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen dar. Die europäische Politik betritt unbekanntes Terrain. Denn die bisherigen Prinzipien der Zusammenarbeit im Rahmen der gegenwärtigen EU-Verträge werden in den nächsten Monaten und Jahren grundsätzlichen Veränderungen unterworfen. Was bedeutet das für die Zukunft der bisher so stabilen deutsch-polnischen Beziehungen?

Die größte Gefahr wäre eine Schwächung der mit der europäischen Idee verbundenen Hoffnungen in beiden Ländern und die Überzeugung von der Unausweichlichkeit pessimistischer Szenarien. In Deutschland könnte dies Tendenzen zu allzu eigenständigem Vorgehen bestärken. In Polen wiederum könnten Ängste gegenüber der EU neu geweckt werden. Es drohen nicht miteinander verbundene Debatten über Europa in unseren beiden Ländern.

Von der Bewältigung der Krise wird es abhängen, ob Polen und Deutschland sich einander noch stärker annähern oder ob sie sich auseinander entwickeln. Deutschland hat darauf gedrängt, dass in der Eurozone strengere Kontrollmechanismen und vertiefte Formen der wirtschafts- und finanzpolitischen Koordinierung real wurden. Gleichzeitig macht sich Deutschland dafür stark, Hilfs- und Stützungsmaßnahmen für notleidende Länder an klare Bedingungen zu knüpfen. Um Maßnahmen effizienter zu machen, sollen harte automatische Sanktionsmöglichkeiten und Durchgriffsrechte verankert werden. Eine solche Weiterentwicklung der EU bzw. der Eurozone zu einer „Stabilitätsunion“ bringt die Einschränkung nationaler Kompetenzen, etwa im Bereich des Haushaltsrechts. Der neue Kurs muss durch Änderungen der europäischen Grundlagenverträge abgesichert werden. Dieser Weg lässt Polen kritisch fragen.

Eurozone und damit auch die Sicherung der Kontinuität des europäischen Projektes sind im strategischen Interesse Warschaws. Andererseits wachsen Befürchtungen. So wird gesagt, dass Polen, da es mit der Eurozone eng verflochten ist, in wachsendem Maße von wirtschaftlichen Entscheidungen betroffen sein wird, die innerhalb der 17er Gruppe der Eurostaaten getroffen werden. Vor allem aber besteht die Sorge, dass ein höherer Grad der Zusammenarbeit innerhalb der Eurozone Polen, da es nicht zu dieser Gruppe von Ländern gehört, in eine „zweite Liga“ abgedrängt wird. Auch werden Polens Sorgen dadurch genährt, dass die Idee eines echten „Kerneuropas“, die lange Jahre als wenig wahrscheinliche Drohkulisse existierte, zur realen Option wird.

Als EU-Staat, der den Euro noch nicht eingeführt hat, aber zur Einführung verpflichtet ist, verlangt Polen daher, bereits jetzt in die Diskussionen und möglichst auch die Weichenstellungen bezüglich der Reform der Eurozone eingebunden zu werden. Noch ist nicht absehbar, wie sich angesichts der Turbulenz auf den Finanzmärkten, und der wirtschaftlichen und innenpolitischen Trends in einzelnen Eurozonenstaaten die konkrete Zusammenarbeit in der Eurozone entwickeln wird.

Unsere Forderung I: Deutschland und Polen nur gemeinsam im Zentrum Europas

Deutschland und Polen haben als Mitglieder der Union und als europäische Partner ein essentielles Interesse daran, bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und dem Abbau der Verschuldung voranzugehen, die Eurozone zu stabilisieren, das ökonomische und finanzielle Fundament der europäischen Integration zu sichern und den politischen Zusammenhalt der EU zu bewahren. Deshalb ist eine weitere Intensivierung der europapolitischen Abstimmung zwischen beiden Ländern erforderlich – nicht zuletzt deswegen, weil die fortschreitende Koordinierung im Euro-

raum das **Risiko neuer Trennlinien** in die EU bringt, die sich auch zwischen Deutschland und Polen legen könnten. Sollten sich derartige Trennlinien verfestigen, ohne dass Deutschland und Polen auf die gleiche Integrationstiefe kamen, würde dies die große deutsch-polnische Errungenschaft der gemeinsamen EU-Mitgliedschaft relativieren: Wenn Deutschland und Polen nicht **beide** Bestandteil eines politischen Gravitationszentrums der EU werden, bleibt die deutsch-polnische Prägekraft in Europa begrenzt. Die Frage, in welcher Form und wie weit Polen in die laufenden und kommenden Abstimmungsprozesse um die Zukunft der Eurozone involviert wird, ist daher eine fundamentale Herausforderung.

Vor diesem Hintergrund ist zu bedenken, dass nicht nur Polen Interesse daran hat, an die Entwicklungen in der Eurozone angedockt zu bleiben. Für Deutschland ist Polen aufgrund ähnlicher Stabilitätskultur ein natürlicher Verbündeter in den Auseinandersetzungen um eine europäische „Wirtschaftsregierung“. Durch ihr Handeln hat die polnische Ratspräsidentschaft sich bemüht, Anstrengungen der EU bzw. der Eurozone zu unterstützen. Eine akzentuierte Einbindung Polens hieße auch, dass in der Gruppe der zehn „Außenstehenden“ ein Land aufgewertet würde, das sich in der Tendenz positiv auf den Euro bezieht und das **mehr und nicht weniger Europa möchte**. (siehe Rede von Außenminister Sikorski Ende Dezember).. Durch eine Involvierung Polens – sowie eventuell anderer Euro-Vorbereitungsländer – würde Großbritanniens Einfluss unter den Zehn eingedämmt und insgesamt das Risiko gemindert, dass sich Nicht-Euroländer als Gegengruppe zu den 17 Eurostaaten profilieren. In seiner Berliner Rede hat Außenminister Sikorski Deutschland aufgefordert, seine führende, nicht dominierende, Rolle in diesem Reformprozess wahrzunehmen und, vorausgesetzt dass Polen in die Entscheidungsprozesse einbezogen wird, Unterstützung zugesichert.

Forderung II: Europapolitische Brücken bauen
Polens frühzeitige politische Beteiligung an Reformdiskussionen bezüglich wirtschafts- und finanzpolitischer Koordinierung oder institutioneller Reformen könnte auch Widerstände bei Vertragsänderungsverfahren reduzieren. Denn solange über Reformschritte im Rahmen der 27 nachgedacht wird, hat Polen wie auch alle anderen Nicht-Eurostaaten die Möglichkeit, während des Prozesses (also in einem *Konvent*, während einer Regierungskonferenz oder im Verlauf der Ratifizierung) zu intervenieren oder zu blockieren. Solange Deutschland Lösungen im Verbund der 27 gegenüber Maßnahmen außerhalb des gemeinschaftlichen Rahmens vorzieht (und dies ist aus gutem Grund gegenwärtig noch der Fall), hat es ein Interesse daran, Brücken zu Nicht-Eurolän-

dem, insbesondere Polen, einem dezidiert europafreundlichen Mitgliedstaat und dem größten unter den Vorbeitrittsländern zu bauen. Polen hat seit Beginn der Finanz- und Verschuldungskrise seinen Wunsch bekundet, sich nicht von der Eurozone zu entfernen. Die Beteiligung am Euro-Plus-Pakt oder der Versuch, in der Präsidentschaftsrolle als Bindeglied zwischen den EU-Finanzministern und der Eurogruppe zu wirken, stehen exemplarisch für diese Haltung. Zweifels- ohne gibt es gute Gründe, angesichts der gegenwärtigen Unwägbarkeiten keinen Zeitplan zur Übernahme der gemeinsamen Währung vorzulegen. Allerdings wäre es für ein Land, das eine Einbindung in Koordinierungsmechanismen der 17 anmahnt, angebracht, ein klares Zeichen hinsichtlich der polnischen Zugehörigkeit zur Eurozone zu setzen.

Wir empfehlen

1. den deutsch-polnischen Dialog zu stärken, um so die Koordination und den Austausch in Fragen der Europapolitik, insbesondere mit Blick auf Vertragsänderungen und Maßnahmen zum wirtschaftlichen und finanzpolitischen Krisenmanagement, auszubauen. Ein solcher Dialog würde insbesondere darauf abzielen, **das Risiko einer zunehmenden Trennung beider Länder durch eine institutionell und politisch gespaltene Europäische Union zu reduzieren;**

2. die Einbeziehung Polens und anderer Nicht-Eurozonenmitglieder in die Diskussion über die Zukunft der EU und neue Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschafts- und finanzpolitischen Koordinierung abgesehen von einer politischen Einbindung auch institutionell zu unterstützen;

3. das Weimarer Dreieck bzw. den Austausch zwischen den drei Ländern zu finanz- und wirtschaftspolitischen Themen zu stärken;

4. die deutsch-polnische Zusammenarbeit zur Stärkung von Mechanismen des gemeinsamen Marktes sowie die Überwindung weiterhin bestehender Beschränkungen auszurichten;

5. den deutsch-polnischen Dialog zur Wachstums-Agenda in der EU in Zeiten der Verschuldungskrise und knapper werdender öffentlicher Mittel zu verstärken;

6. die Mittel für den Jugendaustausch, für Kontakte zwischen den Bürgern sowie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu verstärken, um die Fundamente zu festigen, auf denen die deutsch-polnische Verständigung basiert. Dies ist besonders wichtig hinsichtlich der Gefahr populistischer und nationalistischer Stimmungen, die in der Regel mit Wirtschafts- und Finanzkrisen einhergehen.

ContraSalon wird aus der Kopernikus-Gruppe weiter berichten

NAMEN SIND NACHRICHTEN

Elmar Brok und **Werner Langen**, Repräsentanten der deutschen Gruppe der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, betonten aus Anlass der Politik der Euro-Stärkung, ein künftiger Vertrag müsse in den Lissabon-Vertrag integrierbar sein und für die gesamte EU kompatibel werden. Neue Strukturen seien nicht nötig. Brüsseler Beobachter rechnen damit, dass das Verhalten der Briten noch zu breiten Debatten führen wird, auch im Parlament. Ich erinnere mich an Gespräche 1971 mit Englands Altpremier **Ted Heath**. Er war fest davon überzeugt, dass die Konservativen nicht in einer supranationalen Europäischen Union bleiben würden, sollte es „so etwas vorübergehend“ geben. Inzwischen, dies zeigte die Unterhausberatung am 13. bleiben doch noch (zu schwache) englischen Kräfte, die in der EU bleiben wollen. Besonders wichtig für die Zukunft: der überparteiliche Widerstand gegen Cameron aus viel Schottland und etwas Wales. Schotten wären gern Iren.



Abwarten und Tee trinken, doch was dann?



Hillary Clinton

Hillary Clintons übersehenes Bekenntnis. Die November-Nummer des amerikanischen Magazins **FOREIGN POLICY** wurde in Deutschland kaum beachtet, obschon Hillary Clinton darin auf vielen Seiten und mit dem Titel „**Our Pacific century**“ eine Zukunft der Nation mit **immer weniger Beziehungen zu Europa** beschrieben hatte. Die Tendenz war ja nicht neu, sie begann schon mit Nixon und Kissinger, doch heute haben sie erhebliche Folgen für uns. Gerade hat die Konferenz von Durban gezeigt, dass die (offizielle) europäische Umweltpolitik von den maßgeblichen Staaten des asiatisch-pazifischen Raumes ganz oder weitgehend abgelehnt wird, noch lieber verschoben: USA, China, Russland, Kanada, Indien, Australien, Indonesien, Japan. Kanada steigt heute sogar bei „Kyoto“ aus.

Hermann Josef Werhahn, 86, Schwiegersohn **Konrad Adenauers**, jahrzehntelang führend in der rheinischen Industrie, sprach im Münchner Rotary - Club über die von ihm und vielen seiner Freunde kritisierte Berliner „Energie-Wende“. Werhahn, dessen große Ingenieur-Kenntnisse von Neuss bis Hamm bekannt sind, beschrieb in München den „absolut sicheren Reaktor HTR“, der in Jülich entwickelt und durch unsere Politiker nach Tschernobyl nervös abgeschaltet wurde. Der Reaktor, der nicht durchbrennen kann (was am Standort Hamm Uentrop bewiesen wurde), wird u.a. von China und den USA kopiert bzw. variiert, wobei China schon mit Probeläufen begann. Werhahn ist sich bewusst, dass der HTR in Deutschland „wegen ideologischer Blindheit keine Chance mehr bekommt“. Er setzt deshalb auf schon durchgerechnete Projekte



Hermann Josef Werhahn und Frau Libet geb. Adenauer

(Kugelbett-Öfen) im Ausland mit deutscher Beteiligung. Beobachter fürchten, dass Deutsche außen vor bleiben, weil schon heute auf der Basis deutscher Patente gearbeitet werden kann. Außerdem darf man nicht übersehen, dass die Generation der Jülicher Experten jenseits der Pensionsgrenze lebt. Einer der wichtigsten Ingenieure ist über achtzig Jahre alt geworden.

Richard Sulik, Präsident des slowakischen Parlaments, bleibt bei seiner militanten Ablehnung des EU-Rettungsschirms. Der Vorsitzende der rechten Partei „Freiheit und Solidarität“ (SaS), der von 1980 bis 1991 in Bayern lebte, mischt auch aktiv bei den Bestrebungen mit, eine solide rechte Parteiengruppe in der EU zu bilden und zu stärken für die Teilnahme an der nächsten Europawahl. Denn, so glaubt Sulik, „Europa ist auf dem Weg in einen neuen Sozialismus“.

Grzegorz Schetyna, vor den polnischen Wahlen Sejm-Marschall, wurde jetzt Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses. Sein Amtswechsel ist nach Meinung von Schetyna-Freunden in Breslau „eine Station im Ringen mit Donald Tusk“. Der Premier zeigte sich biegsam: „Grzegorz ist die strategische Reserve unserer Partei.“ Der Verdrängte ist enttäuscht. Einen Austritt aus der PO erwog er jedoch entgegen Gerüchten „niemals“.

Inge Viett, RAF-Altterroristin (67), wurde wegen Billigung von Straftaten in Berlin zu 1200 Euro verurteilt. Sie hatte im Januar bei der linksextremen „Rosa-Luxemburg-Konferenz“ in der URANIA unter anderem zum Abfackeln von Bundeswehrgerät aufgefordert. Sie nahm teil an einem Podium, das von **Ulla Jelpke**, innenpolitische Sprecherin der „Linken“ im Bundestag, geleitet wurde. Jelpke, die immer wieder durch Schönfärbung der DDR auffällt, distanzierte sich mit keinem Wort von den Gewalt-Thesen der Inge Viett.



MEDIEN

Seit Monaten habe ich vor, die ansteigende Auflage rechtskonservativer Zeitungen und Zeitschriften zu analysieren. Heute muss ich mich auf **eine Vorschau** beschränken. Das wichtigste Blatt, die „Junge Freiheit“ aus Berlin, eine Wochenzeitung mit 25.000 Auflage, hat nachweisbaren Einfluss auf CDU/CSU-Kreise, wenn auch die Zahl der Abonnenten dort klein bleibt. Vor dem Fall der

Mauer bezichtigte die JF die Union, auf die deutsche Einheit zu verzichten, unterstützte die Morallehren des Vatikans und forderte eine konservativere Familienpolitik. Nach 1990 nahm die JF bald die EU unter Feuer und teilte die kritischen Meinungen von CSU-Leuten wie Gauweiler. Stück für Stück ging das Blatt weiter nach rechts und bedauerte die Tatsache, dass sich keine alternative rechte Partei entwickeln ließ. Die Politik der CDU bis zum Ausscheiden von Kohl wurde teiltoleriert, seit der Merkel-Kanzlerschaft wächst die Zahl rechterer und offen feindseliger Texte.

// Erstaunlich ist, dass die erneuerten rechten Wochenzeitungen „Der Schlesier“ und „Preußische Allgemeine Zeitung“ trotz rechtskonservativer Beiträge den Gang an die Kioske geschafft haben, den früher der Verfassungsschutz empfohlen und meist erreicht hatte.

Jürgen Wahl, Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG

Tel. 0228 – 324381 // e-mail: post@jwahl.de

Deine / Ihre Spende deckt Kosten -

bitte auf mein Konto 101403017 bei der Volksbank Wachtberg, Bankleitzahl 37069805